

## Der Winter der Justiz: Worte und Wirklichkeit

*„Wedomosti“, 2 februar 2011*

Ich halte es für notwendig, mich im Zusammenhang mit dem beschämenden Urteil des Chamownitscheski-Gerichtshofes persönlich an den Präsidenten der Russischen Föderation zu wenden.

Ich weiß durchaus, dass dieser Schritt bei denjenigen meiner Mitbürger, die fest davon überzeugt sind, dass Dmitri Medwedew überhaupt nichts entscheidet, und zugleich auch bei denjenigen, die glauben, dass ein Eingreifen seinerseits in die Justiz unzulässig sei, auf Unverständnis stoßen wird.

Es geht hier allerdings nicht um ein Eingreifen in die Justiz oder um meine persönliche Rettung. Der vollständige Zusammenbruch unseres Rechtssystems hat vielmehr dramatische Konsequenzen nicht für jeden Einzelnen, sondern für unser ganzes Land.

Es ist die verfassungsmäßige Pflicht des Präsidenten, die Unabhängigkeit der Rechtsprechung zu gewährleisten – und sie nicht nur zu betonen. Ich denke also, dass es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht unseres Staatsoberhauptes ist, eine wirklich unabhängige Untersuchung anzuordnen, wenn Fakten auftauchen, die die fehlende Unabhängigkeit der Richter in diesem hochkarätigen Prozess belegen. Wir haben in der jüngsten Vergangenheit bereits ein Beispiel für eine Untersuchung unter der Leitung des Präsidenten kennenlernen dürfen – nämlich den „Tri kita“-Fall.

Ich betone: Obwohl sich mein Vorwurf der fehlenden Unabhängigkeit des Richters auf weit mehr stützt als die skandalöse Rede des Ministerpräsidenten, halte ich es nicht für angebracht, alle meine Informationen offenzulegen, bevor eine Untersuchung angeordnet worden ist. Andererseits, wie anders könnte man die Lächerlichkeit beschreiben, wenn laut einem „Gerichtsurteil“ zehn Millionen Tonnen mehr Öl gestohlen wurden, als tatsächlich produziert worden waren, wenn im Urteil gegenüber der Behauptung „Misstrauen“ geäußert wird, Öl in Sibirien koste weniger als in Westeuropa, und so weiter. Das sind natürlich Punkte, über die die Verteidigung, die Journalisten und sogar der Richter im Verlauf des Prozesses herzlich mit den Generalstaatsanwälten gelacht haben.

Der Präsident Russlands ist der Garant für die Rechte und Freiheiten der Bürger. Und der immer schlimmer werdende Rechtsnihilismus der Richter und – im Besonderen – die schlampige Interpretation der Gesetze durch diese Richter sind eine schamlose Verletzung dieser Grundrechte.

Wohin werden solche pseudo-juristischen Praktiken das Land führen, wenn ein Gericht bestimmen kann, eine Transaktion, in deren Verlauf tatsächlich Summen in Milliardenhöhe geflossen sind, sei „ohne Gegenzahlung“ vonstatten gegangen und damit „Diebstahl“ ?

Eine entsprechende Untersuchung im Auftrag des Vorsitzenden des Verfassungsgerichtshofs der Russischen Föderation könnte dieser künstlichen Kriminalisierung von gewöhnlichen Geschäftsvorgängen, die von geldgierigen Offiziellen für Gaunerei und Erpressung betrieben wird, ein Ende setzen. Meine diesbezügliche Eingabe bei Gericht verlief im Sande, wie es mit einer Vielzahl solcher Eingaben geschehen ist.

Natürlich – wenn die Gerichte die Gesetze unverschämterweise nicht anwenden, während der Präsident des Landes nicht die Möglichkeit hat, die Situation zu ändern, kommt es zu einer Verfassungskrise. Doch so weit sind wir glücklicherweise noch nicht. Die Erfahrungen mit Urteilen der Wirtschaftsgerichte zeigen mir, dass Dmitri Medwedew und seine Mannschaft wissen, wie man die Situation in den Gerichten zum Besseren wenden kann.

Es wurde viel über Dmitri Medwedews informeller Beschränkungen gesprochen, doch ich halte es für kontraproduktiv, sich auf eine Diskussion über diese Einschätzungen einzulassen: Mein Land hat einen Präsidenten und seine verfassungsmäßige Pflicht ist es, die Rechte und Freiheiten seiner Bürger zu schützen. Der Zustand des Justizsystems gehört in seinen Aufgabenbereich, und dieses hat, wie er immer wieder betont hat, für ihn absolute Priorität.

Ich bin auch überzeugt davon, dass sich Präsident Medwedew als ein umsichtiger und pragmatischer Politiker über die Einstellung der russischen Intelligenzija und aller nichtgleichgültigen Menschen zur demonstrativen Willkür der Gerichte und der Silowiki im Klaren ist.

Er muss nicht zu Ausschreitungen kommen, doch es ist extrem irrational und gefährlich für die Machthaber, die Kluft zwischen Worten und Wirklichkeit noch weiter auseinanderklaffen zu lassen und so zu zeigen, dass es in diesem Land keine andere Möglichkeit mehr gibt, die Bürgerrechte zu schützen, als „auf die Straße zu gehen“. Ohne

das Vertrauen der Menschen in die Institutionen des Staates liegt rohe Gewalt als „Verwaltungsmethode“ nicht fern.

Obendrein ist es angesichts solcher „Verwaltungsmethoden“ absolut überflüssig, auch nur über die Möglichkeit einer Modernisierung im 21. Jahrhundert zu sprechen. Ein Land, das heute zivilisiert genannt werden will, in dem sich aber gleichzeitig die Regierung über das Gesetz und die Gerichte erhebt, wäre auf dieser Welt nur schwer zu finden – gäbe es Russland nicht. Die Menschen brauchen Fairness, Menschenrechte und Schutz ihrer Würde, das wird sich Bahn brechen. Bis dahin zeichnet sich das System durch Rechtsnihilismus und eine „Anything-goes“-Haltung aus, der Machthunger der Beamten, einschließlich derer aus der Justiz, wächst immer mehr und die letzten Anreize, die Pflicht mit Anstand zu erfüllen, verschwinden nach und nach.

Für die Bürger bedeutet das, sie müssen sich entweder durch Lösegeld freikaufen oder versuchen, sich zu wehren. Wir dürfen die Rolle der Intelligenzija als Katalysator dieser Bürgerwehr nicht unterschätzen. Wenn ehrbare Leute sich für ihr Land schämen, dann erwacht das Bewusstsein. Wenn es für ein respektables Mitglied der Intelligenzija unanständig wird, dem Staat zu dienen, dann verweist das auf einen grundsätzlichen moralischen Konflikt, eine gefährliche offene Wunde in unserer Gesellschaft.

So empfinde ich meinen Appell an den Präsidenten als meine Bürgerpflicht. Ich möchte betonen: Ich schlage nicht vor, Druck auf die Gerichte auszuüben und ihnen Vorschriften zu machen. Im Gegenteil: Ich schlage vor, den offensichtlichen und den unterschwelligeren Druck von ihnen zu nehmen, den die erniedrigende Rolle, Handlanger eines repressiven Systems und zugleich Gegenstand von Manipulationen zu sein, mit sich bringt.

Und was die Beispiele eines demonstrativen Rechtsnihilismus in diesem monströsen Urteil angeht, das jenen wegweisenden Prozess krönte: Sie sind eine direkte Bedrohung für das gesamte Rechtssystem des Landes, auch für seine wirtschaftliche Handlung – und internationale Konkurrenzfähigkeit. Ich habe dem Präsidenten gegenüber einige Beispiele genannt. Es mag blödsinnig erscheinen, doch das Urteil besagt unter anderem tatsächlich:

- Dass der Abzug von Kapital von einer hundertprozentigen Tochter durch die Muttergesellschaft Diebstahl ist, nämlich die Beschlagnahme von Besitz ohne eine Gegenleistung – selbiges gilt im Fall des Abzugs durch Anteilseigner.

- Dass die Tatsache, dass ein Produzent Profite in Milliardenhöhe erhält, das „Nicht-Erfolgen einer Geldzahlung“ bestätigt.
- Dass der „korrekte“ Preis für Öl auf den Feldern Sibiriens dem in Rotterdam entspricht, ungeachtet der noch hinzukommende Zölle und Transportkosten.

Alle „Überlegungen“ des Gerichts finden sie auch auf meiner Website. Dazu gehören auch folgende Hinweise:

„Aussagen darüber, ob das Öl Eigentum der OAO NK YUKOS war, werden in der Entscheidung des Wirtschaftsgerichtshofes nicht getroffen... Aus der Entscheidung des Wirtschaftsgerichtshofes folgt, dass der Eigentümer des Öls OAO NK YUKOS war...“

Ich kann das nur noch als pseudolegale Teufelei bezeichnen.

Oder: „...die Schuld der Angeklagten (*im Prozess über Öldiebstahl*) wird durch die Tatsache, dass diese aktiv am Aufbau der vertikal-integrierten Struktur von OAO NK YUKOS beteiligt waren, bestätigt“; „die Angeklagten...verschleierten den begangenen Diebstahl...durch die Auszahlung von Dividenden (*an die Anteilseigner*)“; „Die Steigerung der Produktionsvolumina bei YUKOS (*dies bestätigt der Anklagepunkt, demzufolge...*)... entsprach den geldgierigen Hoffnungen, noch mehr Profit zu machen.“

Während also die Führung dieses Landes Investoren einlädt und ihnen optimale Bedingungen verspricht, erklären russische Gerichte ansteigende Produktionsvolumina, die Erarbeitung von Profiten und die Ausschüttung von Dividenden zu Beweisen für kriminelle Aktivitäten.

Doch letztendlich ist Dmitri Medwedew selbst Zivilrechtler, er hat einen Hochschulabschluss und um sich herum eine ausreichende Anzahl von Spezialisten, die Hunderte von Seiten offensichtlicher und demonstrativer Ketzerei wider das Gesetz analysieren können – falls denn überhaupt ein Interesse daran bestehen sollte.

Etwas ganz anderes aber ist wichtig: Was vor dem Chamownitscheski –Gericht geschah, ist keine Ausnahme, sondern vielmehr das anschaulichste und wohl bekannteste Beispiel für die russische Praxis der Erpressung, der ungesetzlichen Neuverteilung von Besitz und der Verfolgung unerwünschter Personen mithilfe einer fingierten Gerichtsbarkeit.

Dieses absolut schamlose Urteil in einem öffentlichen Prozess von internationaler Bedeutung, dem jede Glaubwürdigkeit abgeht, der aber von offensichtlich außergesetzmäßigen Zielsetzungen beeinflusst wird, dazu ein barbarisches Urteil, 14 Jahre, sind all diese Punkte nicht eine unmissverständliche Botschaft für diese „Bruderschaft der Amtsträger“, dass von jetzt an alles möglich ist?

Es wäre falsch, der Welt oder sich selbst einzureden, der Fall Jukos sei eine Ausnahme (das einzig Besondere war lediglich das Ausmaß des Debakels). Unser Gerichtssystem, das seine Unabhängigkeit und das Verbot der Einflussnahme von außen beschwört, spuckt auf jedes lästige Gesetz. Und selbst wenn sie Sie nicht einsperren – die Kosten für ein „Dach“, das angesichts der Ermangelung juristischen Schutzes notwendig geworden ist, werden zweifellos weiter steigen. Und was die Menschenwürde angeht – an die denken wir am besten gar nicht erst.

Rechenschaftspflicht nur gegenüber den Vorgesetzten bei gleichzeitiger Nichtbefolgung von Gesetzen sind Merkmale und Werkzeuge der Ungesetzlichkeit – um den Preis politischer Passivität und der Unterwürfigkeit von Bürokraten erkaufte. Unter solchen Bedingungen ist es verständlich, dass Russland so attraktiv für Opportunisten und Langfinger ist. Doch wie könnte man ernsthafte Investoren oder weltgewandte Intellektuelle, die international alle Möglichkeiten haben, anziehen und halten? Mit einer Vervielfachung der Gewinnspannen? Mit persönlichen Garantien des Ministerpräsidenten? Sind das die modernen Mittel des 21. Jahrhunderts?

Was mich persönlich angeht, wurde der erste Prozess bereits als „diskriminierende“ und „ungewöhnliche“ Rechtsanwendung bezeichnet. Der zweite Fall ist nicht nur völlig absurd, sondern widerspricht dem ersten auch unmittelbar – was für jedermann offensichtlich ist. Verrückten Urteilen mit dem Ziel, jemanden im Gefängnis zu halten, sind nur durch die Phantasie der Beamten Grenzen gesetzt – und durch die Wünsche ihrer Vorgesetzten.

Ich weiß – Viktor Danilkin, der Richter an Chamownitscheski-Gericht, ist kein bisschen verrückt. Außerdem war er in den zwanzig Monaten des Prozesses, in dem ich verurteilt wurde, eine höchst professionelle und gewissenhafte Person. Vor welche Wahl musste er gestellt werden, dass man ihn zwingen konnte, „das“ zu unterschreiben?

Wie wird ihm sein Gewissen zusetzen?

Wie nennt man Menschen, die einem anderen so etwas antun?

Wie nennt man Menschen, die vortäuschen, nicht zu bemerken, was passiert, die an die Unabhängigkeit dieses „Gerichts“ glauben und dieses unverschämte Stück Papier einen „Rechtsakt“ nennen?

Vielleicht ist die Zeit schon gekommen, um den Machthabern laut zuzurufen:

„Genug Versprechen. Zeigt uns hier und heute, dass in den russischen Gerichten kein Platz für Willkür ist. Dass ein Mensch Gerechtigkeit auch ohne Bestechungsgelder und Bürgerproteste, sondern gemäß geltendem Recht erhalten kann, wie es in einer normalen modernen Gesellschaft üblich ist! Zeigt uns, dass Ihr die Menschen und ihre Angelegenheiten vor Willkür beschützen könnt und wollt und dass Ihr Willkür nicht zu Eurem eigenen Interesse einsetzt!“

Im 4. Jahrhundert sagt der heilige Augustinus, dass ein Staat ohne Gerechtigkeit nichts anderes sei als eine Handvoll Diebe.

Doch Russland im 21. Jahrhundert verdient etwas Besseres. Finden Sie nicht?

Moskau FBU SIZO-1 des FSIN Russlands

internationales literaturfestival berlin • Peter-Weiss-Stiftung für Kunst und Politik e.V.  
Chausseestraße 5 • 10115 Berlin • Telefon +49 (30) – 27 87 86 0 • Telefax +49 (30) – 27 87 86  
85 [info@literaturfesitval.com](mailto:info@literaturfesitval.com) • [www.literaturfestival.com](http://www.literaturfestival.com)